

BBB sieht in Verschwendung das eigentliche Problem

(Bruchköbel/pm) – Bürgermeister Maibach habe mit seinen Plänen zu erneuten Steuererhöhungen von der Stadtverordnetenversammlung eine Abfuhr kassiert, so der BBB in einer Pressemitteilung: Die Fraktion des Bruchköbeler Bürgerbundes (BBB) fordere nun von ihm, unverzüglich den Entwurf eines neuen Haushalts für 2013 einzubringen, der auf soliden Zahlen basiert und das Defizit durch Einsparungen um

mindestens zwei Millionen Euro zurückführt. Damit sei die sofortige Genehmigungsfähigkeit ebenso gewährleistet wie ein erster Schritt hin zum dauerhaften Haushaltsausgleich gegangen, so Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold. Dies sei die Aufgabe des Bürgermeisters als Finanzdezernent und nicht die der Stadtverordnetenversammlung oder einer Fraktion. Nach dem Haushaltsrecht könne nur er über den

Magistrat einen Haushaltsentwurf einbringen. Es sei daher ein billiges Täuschungsmanöver der CDU, wenn sie nun von den Oppositionsfraktionen Sparvorschläge fordere, so BBB-Vorsitzender Joachim Rechholz. Exakt seit dem Amtsantritt Maibachs 2008 wiesen die städtischen Haushalte Defizite in Millionenhöhe aus. In den Haushaltsberatungen sei es dann stets so gewesen, dass die BBB-Fraktion Sparvorschläge machte, die aber von CDU und Grünen mit ihrer damaligen Mehrheit abgelehnt worden seien. Der Bürgermeister habe dann in seiner Verwaltungsarbeit nie auf Sparsamkeit geachtet, sondern Steuergelder verschwendet, als schwimme Bruchköbel im Geld. So sei gerade erst die Gebührenberechnung im Friedhofsbereich nicht durch die Verwaltung, sondern durch eine teure Unternehmensberatung vorgenommen worden. Allein für Rechtsberatung seien 2011 und

2012 über 200.000 Euro verschleudert worden. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Harald Hormel erinnert daran, daß Bürgermeister Michael Roth im Personalbereich ohne Nachteile für die Bürger jährlich hohe sechsstelligen Summen eingespart habe. Unter Maibach und Schwarz/Grün sei das aber ganz schnell geändert worden, und es seien seit 2008 zahlreiche neue Stellen geschaffen worden, die keinesfalls alle gesetzlich notwendig waren. Hinzu kamen unnötige Ausgaben im investiven Bereich. Mit der dezentralen Einrichtung der U-3-Betreuung sei die teuerste Lösung gewählt worden, bei dieser seien die geplanten Kosten dann auch noch um 60% überzogen worden. Für den Neubau des Feuerwehrgerätehauses Oberissigheim habe man 2010 schon mal ein Grundstück für 27.000 Euro gekauft, dann aber 2011 das Baurecht dafür verweigert, indem ein Stadtverordnetenbeschluss sechs Wochen lang nicht veröffentlicht worden sei. Die Beispiele zeigten, dass die Stadtverordnetenversammlung weder den Haushalt reparieren noch die städtischen Finanzen retten könne, wenn der Bürgermeister zu sparsamer Haushaltswirtschaft unwillig und unfähig sei.